

**Berichte aus
Stadt
und
Kanton Zürich**



2. Hälfte September 2021

16. September

Parlamentarier:innen der Grünen und der AL haben im Gemeinderat eine Motion eingereicht, die die Aufhebung der Bewilligungspflicht für Demonstrationen fordert. Die Pflicht soll durch eine reine Meldepflicht ersetzt werden. Die grüne Sicherheitsvorsteherin und die Bürgerlichen waren dagegen, der Rat überwies den Vorstoss aber mit 72 zu 38 Stimmen.

19. September

Zum 20. Mal fand diese sympathische Aktion, die längst zu einer Tradition geworden ist, statt. 459 Läufer:innen gingen an den Start, fast gleich viel wie im Rekordjahr 2019. Damals waren es 495 Teilnehmende. Es wird wieder mit mehr als 100'000 Franken Einnahmen gerechnet, die fast vollumfänglich an 4 Organisationen gehen, die den ärmsten Immigrant:innen Unterstützung gewähren, da die ganze Organisation von Freiwilligen geleistet wird. Die PdA startete, wie schon im Vorjahr, mit einer eigenen Gruppe um 13.00 Uhr und legte manche Runden hin, die von Sponsor:innen mit Beiträgen vergoldet werden. Die Auswertung ist noch nicht abgeschlossen.

20. September

Die Abtreibungsgegner:innen versammelten sich auf dem Marktplatz in Oerlikon zu ihrem alljährlichen «Marsch für's Läbe». Ein grosses Aufgebot der Polizei schützten sie vor einer Gegendemonstration. Ein kurzer Rundgang durch das Quartier, dann war auf dem Marktplatz wieder Schluss.

21. September

Für einmal eine sinnvolle Initiative aus der Fraktion der SVP. Gefordert wird eine Standesinitiative, die in Bern ein Verbot von Import von Pelz aus tierquälerischer Zucht verlangen soll. Zwar wurde moniert, eine Standesinitiative sei der falsche Weg, da eine solche sehr viel Zeit beanspruche. Gescheiter hätten man einen Parteigenossen im Nationalrat beauftragt, einen entsprechenden Vorstoss im eidgenössischen Parlament zu lancieren. Trotzdem überwies der Rat die Initiative mit 101 zu 60 Stimmen.

Die KITAS (Kindertagesstätten) haben während des Lockdowns sehr gelitten. Der Kantonsrat hat jetzt eine Entschädigung von 10 Millionen Franken für die privaten KITAS gesprochen. Der Gesamtschaden wird auf 30 Millionen Franken beziffert. Das Geld soll je zu einem Drittel von Bund, Kanton und Gemeinde kommen.

Die Stadt Zürich verkündet eine Solarstrom-Offensive. In den letzten 10 Jahren entwickelten sich die Leistungen der Photovoltaikanlagen von knapp 4 auf fast 30 Gigawattstunden. Bis im Jahre 203 sollen es 120 GWh sein, also eine Vervierfachung. Auch geschützte Gebäude sollen freigegeben werden. Einen namhaften Anteil sollen auch private Hauseigentümer beitragen.

Heute soll eine grosse, bunte Velo-Demo stattfinden. Erwartet werden 10000 Teilnehmende. Es handelt sich aber nicht um eine Aktion der Gruppierung «Critical Mass» sondern um deren politische Schwester «Ride for Your Rights». Gefordert wird das Recht auf Sicherheit (angstfreies Velofahren für Menschen von 8 bis 80 Jahren), das Recht auf ein gesundes Klima (Vorrang für emissionsfreie Mobilität) und das Respektieren des Volkswillens (sofortige Umsetzung der Velorouteninitiative). Gemäss einem Klimawissenschaftler geht es bei Critical Mass mehr um ein urbanes Lebensgefühl, ohne politische Forderungen.

22. September

Brian wurde am 21. September 26 Jahre alt. Diesmal ist kein neues Gerichtsurteil zu vermerken, nein, Brian (Carlos) wird Subjekt eines Kunstprojektes. Diese heisst #BigDreams. Brian selbst lässt sich wie folgt zitieren: »Es geht heute nicht nur um mich, denn mein Fall steht für viele andere Fälle. Ich meine damit Leute, die im Gefängnis und in Massnahmen kaputt gehen. Aber auch Menschen, die hier in der Schweiz leben und trotzdem fremd sind. Leute mit Migrationshintergrund oder auch Schweizer, die nicht so aussehen wie Schweizer aussehen sollen«. Das Künstlerkollektiv will Brian eine Stimme geben. Es positioniert sich klar: Es soll in dem Projekt nicht nur Brian selbst zu Worte kommen und problematische Narrative der medialen Berichterstattung beleuchten. Die Künstler wollen auch auf die aus ihrer Sicht menschenunwürdige Behandlung des jungen Mannes im Gefängnis aufmerksam machen. Mit von der Partie sind auch Brians Anwalt und der UNO-Sonderberichterstatter für Folter. Das kantonale Fachstelle für Kultur hat 20'000.00 Franken für dieses Projekt gesprochen. Das Amt für Justiz kann hier keine Kunst erkennen, die NZZ setzt mindestens ein Fragezeichen.

23. September

Die angekündigte Velo-Demo «Ride for your Rights» hat stattgefunden und rund 5000 Velofahrer:innen auf die Strassen gebracht. Gefordert wird vom Stadtrat mehr Veloförderung.

Mit 94 zu 17 (SVP) Stimmen hat der Gemeinderat den Bau einer Siedlung mit 111 günstigen Wohnungen auf der Guggachbrache beim Bucheggplatz bewilligt. Bauträgerin ist die städtische Stiftung «Einfach wohnen». Die Stadt ist Eigentümerin des Areals. Für alle Wohnungen gilt das Prinzip der Kostenvormiete. Eine 4 ½ Wohnung wird netto zwischen 1360 und 1520 Franken kosten. Von freisinniger Seite wurde darauf hingewiesen, dass die Mietwohnungen auf dem freien Markt in der Umgebung doppelt so teuer seinem wie die nun in der «Einfach Wohnen» Siedlung geplanten. Von gleicher Seite wurde moniert, bei dem Projekt sei man von einem Landwert von 7,7 Millionen Franken ausgegangen. Daraus resultiert ein Baurechtszins von 600'000 Franken. Der reale Marktwert des Grundstückes aber liege bei 48 Millionen Franken. Es wäre also von einem Baurechtszins von 3,7 Millionen auszugehen. Ein schönes Beispiel für die kapitalistischen Spekulationsgewinne im Wohnungsmarkt.

Die Maag-Tonhalle wurde umgebaut in eine Maag-Lichthalle. Speziell für diesen Raum wurde die Ausstellung «Viva Frida Kahlo» konzipiert und dank 39 Projektoren realisiert. Frida Kohla ist ja eine hoch interessante Persönlichkeit, gerade auch für ein politisch fortschrittliches Publikum. Abschreckend allerdings ist der Eintrittspreis von Fr. 35.00!

24. September

Dass die SP und der Freisinn zusammen Postulate im Gemeinderat einreichen, kommt nicht allzu oft vor. Jetzt hat es dies sogar zwei Mal gegeben. Das erste Postulat verlangt vom Stadtrat, dass die Wirte auch in diesem Winter Aussenflächen wie im letzten Winter nutzen können. Das zweite Postulat fordert, dass Wirte auch im Sommer 2022 wieder gleich viele Sitzplätze wie im Sommer 2021 anbieten dürfen, und zwar wie gehabt gebührenfrei.

25. September

Geplant hat der Kanton für das Jahr 2021 ein Defizit von 880 Millionen Franken. Der erste Zwischenbericht, der gestern veröffentlicht wurde, spricht nur noch von deinem Defizit von 95 Millionen. 447 Millionen von der Nationalbank und höhere Steuererträge erklären das Mysterium.

Das Urteil des Verwaltungsgerichtes, das die neue Disziplinarverordnung der Universität, die Bussen zum Teil auch für politische Manifestationen der Studentenschaft vorsieht, für ungültig erklärt hat, wird von der Uni Zürich an das Bundesgericht weitergezogen.

Da wollte der Zürcher Verkehrsverbund den Angestellten des Zürcher ÖV das Generalabonnement 1. Klasse, das einen Lohnbestandteil darstellt, kurzerhand streichen. Unter dem Personal hat es gewaltig gerumort. Die Gewerkschaften SEV und vpod haben Verhandlungen mit den Arbeitgebern aufgenommen. Das Resultat dieser Verhandlungen: Die Angestellten erhalten in Zukunft ein GA 2. Klasse kostenlos. Wer weiterhin 1. Klasse fahren will, hat einen Aufpreis von Fr. 500.00 zu bezahlen.

27. September

Die 99-Prozent-Initiative wurde schweizweit bekanntlich grossmehrheitlich abgelehnt. Die Stadt Zürich aber sagte ja zu dieser Forderung, allerdings nur knapp, nämlich mit 50.2% der abgegebenen Stimmen! Abgelehnt wurde hingegen die »Besonnungsinitiative«, die allerdings einen Ja-Anteil von 42 Prozent erreichte.

28. September

In einem Postulat werden im Kantonsrat Massnahmen gefordert, die den geschlechtsspezifischen Unterschieden in der medizinischen Forschung, Prävention und Versorgung Rechnung tragen. So sind beispielsweise die Merkmale bei einem Herzinfarkt für Frauen und Männer unterschiedlich. Vermittelt werden bisher aber einzig die männlichen Merkmale. Die Rechte im Rat ist gegen dieses Postulat, da das Thema geschlechterspezifische Medizin längst erkannt und bearbeitet werde. Die Linke setzte sich aber mit Hilfe von GLP und EVP mit 74 zu 63 Stimmen durch, das Postulat wurde also überwiesen.

Nach dem Kanton gleist nun also auch die Stadt ein Förderprogramm für energetische Sanierungen von Gebäuden in der Stadt. Sie will 37 Millionen in dieses Programm stecken, das vom Gemeinderat und allenfalls vom Volk noch bewilligt werden muss. Hauseigentümer sollen bei der Gebäudesanierung finanziell unterstützt werden.

Das neue Energiegesetz, über das wir am 28. November abstimmen werden, dürfte zur Folge haben, dass Hauseigentümer eine Totalsanierung ihrer Mietliegenschaft vornehmen werden, was zu Leerkündigungen führen dürfte. Nach der Totalsanierung sind die Wohnungen dann massiv teuer und kommen für die bisherige Mieterschaft kaum mehr in Frage. Allerdings handelt es sich nur um eine vorzeitige Vorwegnahme auch sonst vorgesehener Renovationsarbeiten. Nun wird polemisierend behauptet, rund 15000 Wohnungen würden auf Grund des Energiegesetzes zusätzlich Leergekündigt und renoviert. Dabei stützt man sich auf eine Studie der INFRAS. Studienleiter Rolf Iten relativiert. «Das Energiegesetz ist kein relevanter Treiber für Leerkündigungen. Der Anlagenotstand bei grossen Investoren, die in den Immobilienmarkt drängen und hohe Rendite erwarten, ist viel wichtiger» Auch das Bevölkerungswachstum sei ein starker Treiber.

29. September

Der Stadtrat präsentiert sein Budget für 2022.

Budgetiert wird ein Defizit von 158.4 Millionen Franken. Grund dafür sind Steuervorlage 17, die von den bürgerlichen Parteien auf eidgenössischer und kantonaler Ebene durchgeboxt worden sind. Dazu kommen die nicht zu verantwortenden Ausgaben im Rahmen der Corona-Pandemie. Trotzdem plant der Stadtrat keine Erhöhung des Steuerfusses. Er schreibt, dieses Defizit sei verkraftbar, angesichts des Reservepolster (Eigenkapital) das sich die Stadt in den vergangenen Jahren aufgebaut hat und das heute 1,2 Milliarden Franken beträgt.

30. September

Die Klimaaktivist:innen der Gruppe Extinction Rebellion, auf Deutsch: gegen das Aussterben, planen für den kommenden Montag, 4. Oktober eine bislang nicht bewilligte Besetzungsaktion an einem

Verkehrsknotenpunkt. Auch der geplante Durchführungsort ist bislang nicht öffentlich, der Polizei aber bereits bekannt. Es laufen zwischen Polizei und den Aktivist:inne Gespräche über Detailfragen, zum Beispiel etwa über Fluchtwege für die Ambulant. Man stelle sich solche Gespräche unter einem SVP-Sicherheitsvorsteher vor!

Das Kafi Klick bietet Armutsbetroffenen kostenlosen Internetzugang sowie Unterstützung bei Computer-Anwendungen. Bislang hat die Stadt 47'000 Franken an Subventionen ausgerichtet, neu sollen es 150'000 Franken sein. Dies beschloss der Gemeinderat dank der Links-Grünen Mehrheit.